

Zur Differenz zwischen Marxscher Theorie und Wirtschaftspolitik in der DDR

Ulrich Busch

1. Einleitung

Die ökonomische Analyse, Theorie und wissenschaftliche Kritik von Karl Marx hat die kapitalistische Produktionsweise des 19. Jahrhunderts, den „klassischen Kapitalismus“, zum Gegenstand, nicht aber eine wie auch immer definierte postkapitalistische Gesellschaft. Sie ist mithin auch keine ideelle Vorwegnahme des Sozialismus/Kommunismus, weder im Sinne eines konzeptionellen Entwurfs noch als wissenschaftlich ausgearbeitetes Projekt. Da jede Kritik aber einer Alternative bedarf, finden sich in dem umfangreichen Werk von Marx (und Engels) auch bestimmte Überlegungen und so manche eingestreute Bemerkung zu den ökonomischen Grundlagen einer künftigen Gesellschaft. Diese sind, obwohl insgesamt von beachtlichem Umfang,¹ indes eher aphoristisch und fragmentarisch als systematisch und waren von ihren Verfassern auch nie anders gemeint denn als *allgemeine Hinweise* und *Ideenskizzen*. Zudem handelt es sich hier nicht um eigenständige Abhandlungen mit theoretischem Anspruch, sondern um Analogien und Konsequenzen, die, wie Engels 1886 hervorhob, in einem engen Kontext mit den „historischen Tatsachen und Entwicklungsprozessen“ *ihrer Zeit* zu sehen sind. Sie lassen sich folglich auch nur „im Zusammenhang mit diesen Tatsachen“, also im historischen Kontext, verstehen; außerhalb desselben aber sind sie „theoretisch und praktisch ohne Wert“.²

Hinzu kommt, dass viele der von Marx rezipierten Ideen und Vorstellungen über eine postkapitalistische Gesellschaft frühkommunistischen und utopischen Ursprungs sind. Sie weisen also nicht über die entwickelte bürgerliche Gesellschaft, wie sie sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat, hinaus, sondern sind in dieser verhaftet oder gehen sogar

1 Das Sachregister der russischen Marx-Engels-Werkausgabe enthält unter dem Schlagwort „Kommunismus, kommunistische Umgestaltung“ 620 Einträge (siehe Rolf Dlubek/Renate Merkel: Marx und Engels über die sozialistische und kommunistische Gesellschaft, Berlin 1981, S.7); das Sachregister der deutschen Ausgabe weist zu den Stichworten „Kommunismus“ und „Sozialismus“ einen ähnlichen Umfang auf, siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Sachregister (Band 1-39), Berlin 1989.

2 Friedrich Engels: Brief an Edward R. Pease [1886], in: MEW, Bd. 36, S.429.

noch hinter diese zurück. Marx sah die Entwicklung aller Produktivkräfte und ihre Vergesellschaftung „bis auf einen gewissen Höhegrad“ als „historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise“³ an, woran die neue Gesellschaft anknüpfen sollte. Gleichwohl folgen seine Auslassungen über den Kommunismus, sofern sie konkrete Aspekte betreffen, nicht selten einem „vormodernen Leitbild“.⁴ Dies ist an sich schon problematisch, tritt jedoch mit jedem Jahrzehnt, das die bürgerliche Gesellschaft überlebt und in dem diese sich weiterentwickelt, immer deutlicher hervor. Bereits im 20. Jahrhundert ließ sich vielfach kaum mehr daran anknüpfen. Dies gilt natürlich erst recht für das 21. Jahrhundert. Was jedoch nach wie vor uneingeschränkt Gültigkeit besitzt, sind einige sehr *allgemeine* Ideen für die Gestaltung der neuen Gesellschaft und die Vision einer auf Freiheit und Gleichheit gegründeten Assoziation, worin „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.⁵

Die Ideenskizzen und aphoristischen Anmerkungen von Marx zum Sozialismus/Kommunismus unterscheiden sich erheblich von der theoretisch fundierten, faktenreichen und detaillierten Analyse, wie er sie auf Tausenden von Seiten für die kapitalistische Produktionsweise vorgenommen hat. Verglichen mit der scharfsinnigen und anschaulichen Beschreibung des Kapitalismus, insbesondere im „Kapital“, erscheint der Entwurf einer klassenlosen Gesellschaft geradezu als „blutleeres Konstrukt“.⁶ Die „auffallende Asymmetrie“ zwischen Analyse und Projektion, zwischen der Kritik am Kapitalismus und dem sich „in vagen und weitgehend nichtssagenden Andeutungen“⁷ erschöpfenden Entwurf einer postkapitalistischen Gesellschaft ist Anlass, eine Parallele zu ähnlichen Weltentwürfen zu ziehen, zum Beispiel zu Dante Alighieris Darstellung des mittelalterlichen Universums in der „Divina Commedia“ von 1320. „Auch dort wird die Hölle auf überaus eindringliche Art in einer Flut von Bildern beschworen, über das Paradies weiß aber auch der große italienische Dichter nur wenig und überdies nur recht Uninteressantes zu sagen.“⁸ Marx verwahrte sich zeitlebens dagegen, „Rezepte [...] für die Garküche der Zukunft

3 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, 1. Aufl. 1894, in: MEW, Bd. 25, S.457.

4 Gerd Irlitz: Einheit und Differenz im Denken von Karl Marx, in: Helmut Fleischer (Hrsg.): Der Marxismus in seinem Zeitalter, Leipzig 1994, S.113-137, hier S.134.

5 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei [1848], in: MEW, Bd. 4, S.459-493, hier S.482.

6 Gero Jenner: Wohlstand und Armut. Eine allgemeine Theorie über Eigentum, Geld, Güter und Staat, Marburg 2010, S.308.

7 Ebenda, S. 307.

8 Ebenda.

zu verschreiben“⁹, und war sich des fragmentarischen Charakters seiner Überlegungen durchaus bewusst. Des ungeachtet dienten seine Gedanken-skizzen und beiläufig hingeworfenen Äußerungen den Akteuren im Staatssozialismus dennoch, teils wortwörtlich – in dogmatischer Rezeption –, teils erheblich relativiert und entstellt – bis hin zur Verfälschung – als Handlungsanleitung. Der „reale Sozialismus“ muss daher, ob man dies wahrhaben will oder nicht, als eine Art Realisation Marxschen Gedankenguts begriffen werden. Dies betrifft sowohl richtige, aus der Kritik des Kapitalismus logisch abgeleitete Ideen und Konsequenzen als auch theoretische Irrtümer, Fehlannahmen, illusionäre Vorstellungen und irreführende Aussagen. Insofern ist das historische Scheitern des realen Sozialismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auch auf Marx, auf die Übernahme seiner Ideen und deren praktische Umsetzung, zurückzuführen. – Dies lässt sich am Beispiel der Wirtschaft der DDR exemplarisch zeigen.

Andererseits aber bedeutet das Scheitern des Staatssozialismus keineswegs eine generelle Falsifikation der Marxschen Theorie. Auch nicht seiner über den Kapitalismus hinausweisenden Ideen und utopischen Vorstellungen von einer kommunistischen Gesellschaft. Denn viele dieser Ideen fanden *überhaupt keinen* Eingang in das realsozialistische Projekt bzw. wurden bei ihrer Umsetzung bis zur Unkenntlichkeit verkürzt und pervertiert. In den seltensten Fällen wurden aus ihnen die richtigen Schlüsse gezogen und wurde in der realsozialistischen Praxis ohne sinnentstellende Einschränkungen und Umdeutungen entsprechend verfahren. Hieraus folgt, dass der reale Sozialismus gerade *auch deshalb* gescheitert ist, weil er die Theorie von Marx *nicht* oder nur unzureichend angewendet hat. Teilweise stand die Politik sogar in direktem Gegensatz zu den Intentionen von Marx. – Auch dies lässt sich in Bezug auf die DDR-Wirtschaft anschaulich demonstrieren.

Beide Aussagen zusammengenommen, die Übernahme der Marxschen Theorie einschließlich ihrer Fehlannahmen und utopischen Illusionen einerseits und die Missachtung bestimmter Essentials und Konsequenzen dieser Theorie andererseits, führen zu dem paradoxen Schluss, dass der reale Sozialismus gleichermaßen wegen *zu viel* und wegen *zu wenig* Marx gescheitert ist. Bezogen auf die Wirtschaft bedeutet dies, dass sich die ökonomischen Fehlleistungen und Irrtümer der DDR einerseits auf einige Ideen von Marx zurückführen lassen, andererseits aber gerade aus dem Gegenteil resultierten, nämlich aus der beispiellosen Ignoranz des Staats-

9 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, 4. Aufl. 1890, Nachwort zur zweiten Auflage, in: MEW, Bd. 23, S.25.

sozialismus gegenüber den Vorstellungen seines wichtigsten Vordenkers.¹⁰ Dies ist die Hauptthese des vorliegenden Aufsatzes. Sie soll anhand mehrerer Fallbeispiele belegt werden.

2. *Karl Marx in der DDR*

Die Person und das Werk von Karl Marx waren in der DDR allgegenwärtig. In jeder Stadt gab es eine Karl-Marx-Straße, eine Karl-Marx-Allee oder einen Karl-Marx-Platz, eine Großstadt (Chemnitz) trug bis 1990 seinen Namen, ebenso ein märkisches Dorf (Neuhardenberg), Betriebe und Kombinate waren nach ihm benannt, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, eine Universität (Leipzig), eine Hochschule der SED, Schulen, Ferienheime, Internate, Seniorenheime, Kulturhäuser, Bibliotheken usw. Denkmäler für Marx standen in vielen Orten. Es gab einen nach ihm benannten Orden und ein Stipendium. Sein Porträt hing in jedem zweiten Büro und in allen öffentlichen Gebäuden, war auf Briefmarken zu sehen, auf Münzen und auf Banknoten, jeweils in den höchsten Nominalen. Die Bücher von Marx und Engels erreichten Millionenauflagen. Jeder Student musste im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium Texte von ihnen lesen, jede Bibliothek führte ihre gesammelten Werke. Und in den Buchhandlungen zählten die blauen Bände nicht zur Mangelware, sondern waren immer präsent. Ebenso wie in unzähligen privaten Bücherschränken.

Ohne Marx kann man sich die DDR nicht vorstellen. Der Gelehrte mit dem Rauschebart gehörte einfach dazu. Mehr als jeder andere Klassiker, etwa Luther, Goethe, Schiller, Hegel oder Rosa Luxemburg, und viel mehr als Engels, Lenin und Stalin, ganz zu schweigen von den SED-Größen Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Stoph und Honecker galt Marx als Symbolfigur des DDR-Sozialismus, als Landesvater und als unumstrittene Autorität.

¹⁰ Der hier vorgestellte Ansatz stellt nur eine Erklärung für das Scheitern des Realsozialismus dar. Daneben gibt es andere Erklärungsansätze, die hier nicht thematisiert werden sollen. Auffällig ist jedoch, dass einschlägige Analysen diese Problematik bisher gänzlich ausblenden und dem Verhältnis von Staatssozialismus und Marxscher Theorie keine einzige Zeile widmen. Siehe zum Beispiel Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.): *Das Ende eines Experiments*, Berlin 1991; Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz*, Berlin 2000; Klaus Steinitz: *Das Scheitern des Realsozialismus*, Hamburg 2007; Heinz Dieterich/Hans Modrow/Klaus Steinitz (Hrsg.): *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenheitem und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft*, Berlin 2007; André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007; Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Berlin 2007.

Zu dieser heute kaum mehr vorstellbaren posthumen Allgegenwart kam hinzu, dass die „Lehre“ von Marx als unfehlbar galt, faktisch als sakrosankt, als uneingeschränkt „richtig“ und für alle Zeiten „wahr“. Eine Kritik an ihr wurde als Sakrileg geahndet und war selbst in Wissenschaftlerkreisen weitgehend tabu. Die SED-Führung berief sich permanent auf Marx, wodurch er zur wichtigsten Legitimationsfigur und -quelle für die staatssozialistische Ideologie, den Marxismus-Leninismus, wurde, aber auch für die Wissenschaft, besonders für die Gesellschafts-, respektive Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Seine Ideen galten als „Leitsätze der ökonomischen Theorie des Sozialismus“ und dienten als Erkenntnisschatz „für den Aufbau der neuen Gesellschaft“.¹¹ Die „unkritische Übernahme“ der Marxschen Lehre, ihre „dogmatisch-unhistorische Rezeption“¹² und scholastische Auslegung führten nicht nur zu einer theoretisch einseitigen und zunehmend sterilen Interpretation der sozialökonomischen Realität des Sozialismus; sie behinderten zudem die realistische Beurteilung aktueller Problemlagen und deren wirksame Lösung. Dies galt namentlich für die Wirtschaft. So betonte Otto Reinhold: „Die SED hat sich stets dazu bekannt, ‚mit Marx‘ Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ‚zu machen“.¹³ Günter Söder und Herbert Steininger sahen in der ökonomischen Theorie von Marx die wichtigste „theoretische Grundlage [...] für die sozialistische und kommunistische Umgestaltung“. Ihrer Meinung nach kam der Marxschen Lehre für „die praktische Gestaltung des entwickelten Sozialismus besondere Bedeutung“¹⁴ zu. Es gab keine Etappe des sozialistischen Aufbaus, in welcher die SED sich nicht auf Marx berief und der DDR-Sozialismus sich nicht als „Verwirklichung der Ideen von Marx“ plakatierte. Angesichts von derart viel „Marx“ stellt sich aus heutiger Sicht die Frage, „was hier überwogen hat: Marx-Unkenntnis, Hochstapelei oder üble Nachrede“.¹⁵ – Wahrscheinlich treffen alle drei Aussagen zu, zudem Dogmatismus und Missachtung der von Marx praktizierten dialektischen Methodik.

11 Waldfried Schließer/Gerhard Schulz: Gegenstand, Aufgaben und Methoden der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1988, S.17, 19.

12 Hans Wagner: Zur Rezeption des Kapitals von Marx in der Politischen Ökonomie der DDR, in: Camilla Warnke/Gerhard Huber: Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie: Konzeptionen. Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West, Marburg 1996, S.83-109, hier S.85.

13 Otto Reinhold: Der Marxismus-Leninismus und die politische Ökonomie der Gegenwart, Berlin 1985, S.48.

14 Günter Söder/Herbert Steininger: Über das Verhältnis von Philosophie und politischer Ökonomie im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1986, H. 8, S.673-678, hier S.674.

15 Fleischer, Marxismus, Vorwort, S.10.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die zunehmende *Dogmatisierung* und *Ideologisierung* der Marxschen Lehre. Karl Mannheim hat den Unterschied zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischer Ideologie sehr klar herausgearbeitet und deutlich gemacht, dass „das Wissen, das neuen Tatsachen Rechnung tragen will, stets seinen experimentellen Charakter bewahren“ muss, während die Ideologie, als „das von einer politischen Haltung beherrschte Denken“ sich nicht erlauben kann, „ständig an neue Erlebnisse angepaßt zu werden“. Als wesentlichen Grund dafür führt er an, dass die Ideologie von „politischen Parteien“ getragen wird. Diese könnten „weder ihre Denkmethode elastisch halten noch bereit sein, jedes Ergebnis zu akzeptieren, das sich aus ihren Untersuchungen ergeben mag [...] Das zwingt sie [...] in eine dogmatische Richtung. Je mehr die Intellektuellen zu Parteifunktionären wurden, desto mehr ging ihnen die Rezeptivität und Elastizität verloren.“¹⁶

Rituelle Bekenntnisse zu Marx und zur Marxschen Theorie finden sich in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur der DDR zuhauf. Sie entsprechen jedoch nur zum Teil der Wahrheit. Überwiegend dienen sie lediglich der Legitimation der aktuellen Politik und der „Legendenbildung“ einer vermeintlich wissenschaftlichen Fundierung politischer Entscheidungen.¹⁷ Ihrem Selbstverständnis nach verfolgte die SED eine auf „wissenschaftlichen Grundlagen“ basierende Wirtschaftspolitik. Konkret sah dies freilich anders aus: Nicht selten überwogen Voluntarismus, Pragmatismus, Ignoranz und pure Macht- und Interessenpolitik.

In den wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Abhandlungen finden sich viele Zitate von Marx und Engels. Diese hatten mit den eigentlichen Inhalten aber häufig recht wenig zu tun. Teilweise wurden sie den Texten vorangestellt, wie eine Monstranz einer katholischen Prozession vorangetragen wird. Oder sie dienten mehr der Referenz und Subordination des Autors, als dass sie substantiell etwas zur inhaltlichen Argumentation, zum eigentlichen Thema der jeweiligen Ausarbeitung beigetragen hätten. Besonders verbreitet waren „Autoritätsbeweise“ bei denen mit einem aus dem Kontext herausgelösten Klassiker-Zitat die Richtigkeit einer Aussage „bewiesen“ oder eine politische Maßnahme als wissenschaftlich fundiert „begründet“ werden sollte. Das methodische Pendant dazu war eine mit Marx-Zitaten geführte Polemik gegen unerwünschte Auffassungen. Dissidierende Ansichten wurden allein deshalb, weil sie nicht mit Marx bzw. mit der von der SED vertretenen dogmatischen Interpretation der Marxschen Lehre übereinstimmten, als „falsch“ zurückgewiesen.

16 Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, Frankfurt/Main 1978, S.34.

17 Siehe Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S.17.

Einer inhaltlichen Auseinandersetzung und Überprüfung der geäußerten Meinung bedurfte es dann nicht mehr. Dabei galten „falsch“ und „unmarxistisch“ als Synonyme. Beide Termini dienten gleichermaßen der wissenschaftlichen Disqualifikation wie der politischen Diffamierung ideologischer Kontrahenten. Mit dem Lieblingssmotto von Marx „*de omnibus dubitandum*“ (an allem ist zu zweifeln) hatte dies wenig zu tun.

Die von Marx als „Grundprinzip“ der neuen Gesellschaft verstandene „volle und freie Entwicklung jedes Individuums“¹⁸ fand zwar Eingang in die Programmatik des realen Sozialismus, entsprach aber kaum der von Arbeitsteilung und fordistischen Produktionsmethoden beherrschten Wirtschaftsrealität der DDR. Trotz anhaltender exzessiver Marx-Exegese entfernten sich Ideologie und Politik im Zeitverlauf immer mehr von der Marxschen Theorie. Hierzu trugen der unhistorische Umgang mit der Theorie und das Unfehlbarkeitspostulat der SED erheblich bei. Dabei tat sich ein immer offensichtlicher werdender Widerspruch auf: Einerseits musste die SED, um ihren Anspruch des Immer-Recht-Habens aufrechterhalten zu können, die Marxsche Theorie als ihre Legitimationsbasis für absolut wahr und zeitlos gültig ausgeben, diese also zum Dogma erklären. Andererseits sah sie sich immer stärker genötigt, ihre Ideologie den ständig wechselnden Erfordernissen der Zeit anzupassen. Hatten wir oben mit Mannheim festgestellt, dass eine Partei aus Gründen des Machterhalts den Erkenntnisfortschritt in der Theorie ignoriert und an bestimmten ideologischen Prämissen festhält, wodurch es zu einem Dissens zwischen Theorie und Ideologie kommt, so wird jetzt erkennbar, dass sie zugleich aber die Theorie, die sie zu ihrer Legitimation benutzt, immer wieder den aktuellen Bedürfnissen anzupassen und in Orwellscher Manier zurechtzubiegen versucht. Die Folge war im Falle der SED, wie auch anderer kommunistischer Parteien, eine zunehmende *Ideologisierung der Marxschen Theorie*, deren Zurechtstutzung und Überführung in den *Marxismus-Leninismus*. In welchem Ausmaß dies in der DDR der Fall war und in welche Konflikte und Erklärungsnotwendigkeiten die SED dabei geriet, kann anhand der zwischen 1955 und 1989 erschienenen Lehrbücher und Lehrhefte zur Politischen Ökonomie des Sozialismus¹⁹ überprüft werden, aber auch anhand der Auswahl der Klassiker-Textstellen in der „Chrestomathie Politische Ökonomie“²⁰ sowie in zahlreichen Aufsätzen in theoretischen und politischen Zeitschriften. Im Folgenden soll diese Problematik anhand einiger ausgewählter Themenkomplexe exemplifiziert werden.

18 Marx, Kapital. Erster Band, S.618.

19 Siehe Waldfried Schließer (Hrsg.): Lehrhefte zur Politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1976ff.

20 Siehe Wilhelm Reichert/Klaus Mueller-Bülow/Fritz Langner: Chrestomathie Politische Ökonomie, Bd. 1 und 2, Berlin 1980.

3. Zum historischen Platz des Sozialismus

Die historische Einordnung des Sozialismus als „Gesellschaftsformation“ oder bloße „Phase“ einer solchen als „Übergangsperiode“, „Übergangsgesellschaft“ oder „Produktionsweise“ war für das Selbstverständnis der DDR von fundamentaler Bedeutung. Hingen davon doch die Antworten auf so wichtige Fragen ab wie der nach dem Verhältnis von Diktatur und Demokratie, der Rolle des Staates, dem Stellenwert der Politik gegenüber der Ökonomie, der Beziehung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft, der Definition der Wirtschaftsordnung usw.

Die Aussagen, die man bei Marx hierzu findet, sind eindeutig. Danach verkörpert der Sozialismus die „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“, also „eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“.²¹ Als ihr historisch vorhergehend, also zwischen „der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft“ liegend, sah Marx die Notwendigkeit einer „Periode der revolutionären Umwandlung“, welcher eine „politische Übergangsperiode“ entspricht, „deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*“.²²

Nun lassen sich diese knappen Bemerkungen durchaus dialektisch interpretieren, sodass dabei keine allzu scharfe Abgrenzung zwischen den einzelnen Phasen herauskommt. So wollte Marx offensichtlich auch verstanden werden. Unter Stalin jedoch wurde das genaue Gegenteil praktiziert: Übergangsperiode, Sozialismus und Kommunismus wurden scharf voneinander abgegrenzt. Diese schematische Interpretation der Formations-theorie prägte für Jahrzehnte die Geschichtsauffassung des historischen Materialismus. Vor allem in der UdSSR, aber auch in der DDR. Sie wirkte nach Stalins Tod 1953 und dem Ende des Stalinismus noch lange nach, sodass es bei der Selbstbestimmung des historischen Platzes des Sozialismus in der DDR zu nicht unerheblichen Differenzen gegenüber Marx und Engels kam. Dies betraf *erstens* die Übergangsperiode, welche im Marxschen Verständnis von langer Dauer²³ sein sollte, in der DDR aber nur auf die Zeit zwischen 1945 bzw. 1949 und 1962 datiert wurde, also einen histo-

21 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms [1875], in: MEW, Bd. 19, S.11-32, hier S.20.

22 Ebenda, S.28.

23 Dafür spricht schon, dass die kommunistische Gesellschaft erst „nach langen Geburtswehen“ aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen soll. Siehe ebenda, S.21.

risch eher kurzen Zeitraum. Im Gegensatz dazu wurde die Staatsform der Übergangsperiode, die „Diktatur des Proletariats“, bis zuletzt beibehalten und der Marxsche Demokratiebegriff sehr eigenwillig interpretiert bzw. in seinen Kernaussagen ignoriert.²⁴

Zweitens betrifft dies den Sozialismus, welcher in der DDR zunächst, teilweise aber noch bis in die 1980er-Jahre, als „Übergangsgesellschaft“ aufgefasst wurde,²⁵ dann in den 1960er- bzw. 1970er-Jahren als „relativ selbständige Gesellschaftsformation“ und „eigenständige Produktionsweise“ und schließlich, auf Druck Moskaus, als „niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation“. *Niemals aber* galt der Sozialismus als Kommunismus, wie es der Marxschen Intention terminologisch entsprochen hätte. Statt die formationsübergreifende Qualität des Sozialismus als Phase der kommunistischen Gesellschaft herauszustellen, wurde in der DDR durchweg die Eigenständigkeit des Sozialismus betont, in den 1960er-Jahren seine Spezifik als „Gesellschaftsformation“,²⁶ nach 1971 seine Besonderheit als „Produktionsweise“ hervorgehoben.²⁷ Dies erleichterte es der Parteiführung, den realen Sozialismus als „stabile“ Angelegenheit zu betrachten und ihn gegenüber dem (eigentlichen) Kommunismus klar abzugrenzen. Sinnfällig wurde dies nicht zuletzt in der Betonung der Diktatur des Proletariats als Staatsform nicht nur für die Übergangsperiode wie bei Marx, sondern auch für den Sozialismus in allen seinen Entwicklungsstufen „bis zur vollen Entfaltung des Kommunismus“.²⁸

Dies war auch für die Bestimmung und praktische Ausgestaltung der sozialistischen Wirtschaft als Warenproduktion und Ware-Geld-Wirtschaft von eminenter Bedeutung. Der Kommunismus aber wurde auf diese Weise, begrifflich wie realpolitisch, in die ferne Zukunft verschoben, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Er wurde zu einer Art „Paradieshoffnung“, wie Christa Wolf rückblickend feststellte,²⁹ welche an der Realität der DDR allmählich zerbrach. „Kommunismus ist erst dann real möglich“, wur-

24 Siehe Uwe-Jens Heuer: *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989.

25 Verwiesen sei auf das Theaterstück von Volker Braun „Die Übergangsgesellschaft“ aus dem Jahre 1982, in: Volker Braun: *Stücke 2*, Berlin 1989, S.119-146.

26 Siehe Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin 1969. Dort steht unter dem Stichwort „Sozialismus“: „sozialökonomische Formation in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab [...] Der [Sozialismus] ist die vorbereitende Gesellschaftsformation für den Kommunismus.“ (S.709f.).

27 Sieglinde Heppener/Ursula Schirmer/Edgar-André Wieland: *Die sozialistische Produktionsweise. Eine philosophiehistorische Analyse*, Berlin 1981.

28 Werner Wippold: *Der sozialistische Staat – Staat vom Typus der Pariser Kommune*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe*, XXXII (1983), H. 1, S.111-116, hier S.113.

29 Christa Wolf: *Ein Tag im Jahr. 1960-2000*, München 2003, S.494.

de doziert, „wenn alle Vorzüge, Potenzen und Möglichkeiten des Sozialismus voll ausgeschöpft sind [...] Bevor die kommunistischen Ideale auf die Tagesordnung gesetzt werden können, müssen die sozialistischen Ideale verwirklicht sein.“³⁰ Diese aber waren ganz andere als jene, wie noch zu zeigen sein wird. Dadurch entfernte sich die sozialistische Realität immer mehr vom kommunistischen Ziel. Mit der historischen Beschränkung auf den Sozialismus und dessen Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus wurden die staatssozialistischen Machtverhältnisse faktisch zementiert. Der gesellschaftlichen Entwicklung wurde dadurch ihre Dynamik genommen, und die allgegenwärtige Stagnation erhielt so eine vermeintlich theoretisch fundierte Rechtfertigung.

Ihren Höhepunkt erlebte die „Sozialismus-Debatte“ in der DDR gegen Ende der 1960er-Jahre. 1967 hatte Walter Ulbricht formuliert, „daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft [ist], sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation“.³¹ Die Aufwertung des Sozialismus als „ökonomischer Gesellschaftsformation“ implizierte die Möglichkeit der Definition systemeigener Wesensmerkmale, sozialismusspezifischer ökonomischer Gesetze und einer systemeigenen ökonomischen Logik. Die Ausformulierung dieser Gesetze und einer adäquaten Systemlogik erfolgte mit der Publikation eines neuen Lehrbuchs der Politischen Ökonomie, welches 1969, versehen mit einem Vorwort von Ulbricht, in großer Auflage erschien. Das Buch beginnt mit einer Bezugnahme auf Marx: „Karl Marx bezeichnete es als letzten Endzweck seines Werkes [...], das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft zu enthüllen [...] Wir [...] stehen vor der Aufgabe, das ökonomische Bewegungsgesetz des Sozialismus [...] unter den Bedingungen der DDR aufzudecken, zu analysieren und seinen Bewegungsmechanismus zu beherrschen“.³² Mit diesen Worten wurde der historische An-

30 Reinhold, *Marxismus-Leninismus*, S.82.

31 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967, S.38.

32 Autorenkollektiv: *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, Berlin 1969, S.5f. Dieses Lehrbuch stellt trotz seiner Differenz gegenüber Marx ein theoretisch anspruchsvolles und in sich geschlossenes Werk dar. Zudem ist es das einzige originäre DDR-Lehrbuch zur Politischen Ökonomie des Sozialismus. Das zuvor gültige „Lehrbuch Politische Ökonomie“ (1. Auflage 1955) sowie die nach 1970 verbreiteten Übersetzungen sowjetischer Lehrbücher von A. M. Rumjanzew (1973), G. A. Koslow (1973) und N. A. Zagolow (1972) entsprachen nicht der DDR-Spezifika, und das Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium „Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“ (1974) sowie die Lehrheftreihe, seit 1976 von Waldfried Schließer herausgegeben, blieben dagegen bloße Ideologie bzw. Stückwerk.

spruch der Akteure umrissen: Es ging um etwas *Neues*, um eine *Alternative* zur bürgerlichen Gesellschaft *vor* Erlangung des Kommunismus, einer Alternative allerdings, wie sie sich Marx so *nicht* vorgestellt hatte.

Die Sicherung vor allem der *eigenen* Macht im Auge machte die Politbürokratie aus dem von Marx „kühn antizipierten historischen Drama ein lineares Geschichtsprozessschema von Krise, Revolution und einer dann mehr oder weniger freihändigen Instituierung einer anderen, alternativen, höheren Gesellschafts- bzw. Assoziationsform“.³³ Dafür sollten die „dem Sozialismus eigenen Wesenszüge“ voll zur Entfaltung gebracht werden.³⁴ Soweit, so gut. Bemerkenswert ist daran jedoch, dass hierzu auch das Wertgesetz, die Warenproduktion, die Ware-Geld-Beziehungen, der Markt usw. gezählt wurden, Bestimmungsmerkmale, die Marx als „Muttermerkmale der alten Gesellschaft“ angesehen hatte und die während der Übergangsperiode überwunden werden sollten. Durch ihre „volle Entfaltung“ ließen sich, wie man inzwischen wusste, Produktivitätssteigerungen, positive Skaleneffekte usw. erzielen, wie sie einer fordistischen Wirtschaft eigen sind. Und der Sozialismus könnte sich, so glaubte man, unter diesen Bedingungen als „Gesellschaft“ verwirklichen, als ein über den ökonomischen Austausch (Markt) vermitteltes Beziehungsgefüge einer Vielheit ökonomischer Subjekte. Vom kommunistischen Ziel aber führte dieser Weg eher weg. Deshalb findet sich in dem Lehrbuch von 1969 bezeichnenderweise auch kein Kapitel zum Kommunismus. Auf dieser Grundlage ließen sich jedoch Ansätze für ein vom Staatssozialismus abweichendes Gesellschaftsmodell, für einen „Marktsozialismus“ etwa oder für einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, formulieren. Dies war nicht nur theoretisch verlockend, sondern wurde im Zuge der Reformen der 1960er-Jahre bekanntlich auch praktisch versucht. In der DDR (seit 1963), in Ungarn, in Polen, am konsequentesten aber in der Tschechoslowakei, bis die militärische Intervention des Warschauer Pakts dieses Experiment im August 1968 abrupt beendete und das staatssozialistische Regime gewaltsam wiederherstellte. Eine vollständige Rückkehr zum Wirtschaftsregime der Vor-Reformära fand indes nicht statt. Einige Neuerungen auf ökonomischem Gebiet blieben erhalten, andere wurden modifiziert. Insgesamt aber näherte man sich Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre wieder stärker dem dogmatischen Bild eines Staatssozialismus an, wie es während der Stalin-Ära geprägt worden war. Dazu gehörte auch ein erneuter Rekurs auf Marx.

33 Horst Müller: Sozialkapitalismus und Systemtransformation, in: Berliner Debatte Initial, 2012, H.3, S.77-93, hier S.79.

34 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, S.191.

Mit der Untergliederung des Sozialismus in verschiedene Etappen und Reifestufen wurde versucht, eine objektivierbare Schrittfolge in den historischen Entwicklungsprozess zu bringen. Die Unzulänglichkeit dieses Vorgehens bestand jedoch im Voluntarismus bei der Beurteilung der jeweiligen „Reife“ der einzelnen Volkswirtschaften. Während nach Marx hierfür nur der Stand der Produktivkraftentwicklung und das Niveau der Produktivität als Kriterien infrage gekommen wären, entschieden im Staatssozialismus Politiker und Parteitage darüber. So meinten während der 1970er-Jahre alle Staaten des RGW, von der Tschechoslowakei und der DDR bis zu Rumänien und der Mongolischen Volksrepublik, damit begonnen zu haben, die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ zu gestalten. Nur die Sowjetunion sei bereits einen Schritt weiter: Dort „existiere der entwickelte Sozialismus“ schon und man befände sich bereits auf dem „Vormarsch zum Kommunismus“.³⁵

Die Mehrheit der DDR-Ökonomen stand dieser Einschätzung distanziert gegenüber. Partei- und Staatschef Erich Honecker hingegen verkündete 1980, dass auch die DDR nun bald „den Übergang zum Kommunismus vollziehen“ werde.³⁶ Bis zum Ende seiner Amtszeit war er davon überzeugt, den Kommunismus „selbst noch“ zu erleben. – Mit einer ökonomisch fundierten Analyse des historischen Entwicklungsprozesses hatten derartige realitätsferne Einschätzungen freilich wenig zu tun.

4. Staatseigentum und Vergesellschaftung

In der Diktion von Karl Marx bedeutet der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus vor allem eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse: Die „Eigentumsfrage“ galt Marx und Engels als „Grundfrage der Bewegung“.³⁷ Folglich bildet die Kritik am kapitalistischen Eigentum³⁸ den „Knackpunkt“ im marxistischen Denken hinsichtlich des sozialökonomischen Umbaus, und die Aufhebung desselben und die Konstituierung neuer Eigentumsformen stellen den entscheidenden Inhalt der Revolution dar.

35 Autorenkollektiv (Hrsg.): *Dialektik des Sozialismus*, Berlin 1989, S.42, 54.

36 Erich Honecker: *Aus meinem Leben*, Berlin 1981, S.238.

37 Marx/Engels, *Manifest*, S.493.

38 Arnold Künzli konstatiert, dass „die Eigentumsfrage“ in allen emanzipatorischen „Theorien, Philosophien und Utopien [...] eine, ja sehr oft die zentrale Rolle spielt“ und dass insbesondere in der Ideengeschichte des Sozialismus „das private, exklusive oder sonst irgendwie monopolisierte Verfügungsrecht über Eigentum mehr oder weniger radikal denunziert [wird] als die fundamentale Ursache der gesellschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung, wenn nicht überhaupt aller gesellschaftlichen Übel und individuellen Laster“. Arnold Künzli: *Mein und Dein. Zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft*, Köln 1986, S.9.

Dabei unterscheidet sich die Marxsche Herangehensweise dezidiert von anderen Ansätzen, namentlich von konservativ-romantischen, moralisch-ethischen und naiv-utopischen Formen der Kapitalismuskritik.³⁹ Während Letztere jegliches Privateigentum verdammen und danach streben dieses vollständig zu beseitigen, differenzierte Marx stets genau zwischen Privateigentum und Kapital. Er forderte auch nicht die „Abschaffung“ des Privateigentums wie etwa Wilhelm Weitling,⁴⁰ Pierre-Joseph Proudhon⁴¹ oder der frühe Friedrich Engels,⁴² sondern dessen Überwindung im Sinne seiner dialektischen „Aufhebung“ durch umfassende *Vergesellschaftung*.

Der Prozess der Vergesellschaftung beginnt bereits während der kapitalistischen Ära als Moment der kapitalistischen Akkumulation. Er ist Ausdruck eines realen Vorgangs, der sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte überall vollzieht. Grundlage dafür ist ein ökonomischer Vorgang, die *Vergesellschaftung der Arbeit*, welcher nicht nur die Organisation der Produktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zur Folge hat, sondern letztlich auch die Aufhebung der Arbeitsteilung und der Warenproduktion. Unabdingbare Voraussetzung dafür sind jedoch ein entsprechendes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, ferner die Globalisierung der Wirtschaft, die Überwindung der Nationalstaaten u.a.m. In dem Maße, wie diese Prozesse vorankommen, folgt ihnen eine institutionelle Anpassung der politischen, ökonomischen, juristischen und anderen Verhältnisse, nicht zuletzt eine Umgestaltung des Eigentums, als *formaler* Ausdruck der realen Vergesellschaftung.

Dies kann nun in verschiedenen Formen und auf unterschiedliche Art und Weise geschehen, administrativ, durch Sozialisierung, Konfiskation, Aufkauf usw., durch den freiwilligen Zusammenschluss und die Kooperation privater Eigentümer, zum Beispiel in Genossenschaften, aber auch durch die Vergesellschaftung privater Eigentumstitel in Form von Aktiengesellschaften. Während einige dieser Formen als Varianten sozialistischer Vergesellschaftung aufgegriffen wurden, galt dies für andere, insbesondere für die *Aktiengesellschaften*, nicht. Den Marxschen Überlegungen hierzu⁴³ wurde im Zuge der sozialistischen Umgestaltung nicht die gebotene Aufmerksamkeit zuteil. Ganz im Gegenteil: Der von Marx formulier-

39 Siehe Ulrich Busch: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, in: Utopie kreativ, 2003, Nr. 155, S.830-840.

40 Siehe Wilhelm Weitling: Das Evangelium des armen Sünders, Leipzig 1967, S.86f.

41 Siehe Pierre-Joseph Proudhon: Philosophie der Staatsökonomie oder Nothwendigkeit des Elends, Bd. 1-2, Darmstadt 1847.

42 Siehe Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus [1847], in: MEW, Bd. 4, S.361-380, hier S.371.

43 Siehe Marx, Kapital. Dritter Band, S.452-457.

te Ansatz wurde geflissentlich übersehen, theoretisch wie praktisch. Aktiengesellschaften dienten weder in der SBZ als „Übergangsformen“ der Vergesellschaftung,⁴⁴ noch wurde diese Idee in der Debatte um eine Beteiligung der Bevölkerung am Volkseigentum durch die Ausgabe von Anteilsscheinen bzw. Volksaktien während des Umbruchs 1989/90 aufgegriffen. Sie fand bis zum Schluss kein Gehör, sondern stieß bei den Verantwortlichen auf Unverständnis und Ablehnung.⁴⁵

Dies erstaunt umso mehr, da Marx die Bildung von Aktiengesellschaften ausdrücklich als *wichtigste* Form der Vergesellschaftung behandelte und sie dem „Privatkapital“ als „Gesellschaftskapital“ entgegensetzte, als Form der „Aufhebung des Kapitals als Privateigentum“ – wenn auch „innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst“.⁴⁶ Nach Marx sollte die sozialistische Revolution der Vergesellschaftung neue Impulse verleihen, sie von den Beschränkungen der privaten Aneignung befreien und ihrer kapitalistischen Form entkleiden.⁴⁷ Bei der Umwandlung von kapitalistischem in sozialistisches Eigentum sollte es darum gehen, die Eigentumsverhältnisse der sich real vollziehenden Vergesellschaftung anzupassen und sie durchgreifend zu demokratisieren, sie also „*tatsächlich zu vergesellschaften*“,⁴⁸ um so den Weg freizumachen für die dynamische Entwicklung aller Produktivkräfte.

Diesen realökonomischen Vorgang als eine formal lösbare *politische* Aufgabe aufzufassen, als Setzung neuer „Formen“ des Eigentums durch Verstaatlichung, Kollektivierung usw. der Produktionsmittel und Liquidierung der alten Formen, war eines der Lenin-/Stalinschen Missverständnisse der Marxschen Theorie. Die Folgen zeigten sich darin, dass der reale Sozialismus bis zuletzt auf staatlich vergesellschaftetem Eigentum an Produktionsmitteln, auf Staatseigentum, beruhte. Die tatsächliche Vergesellschaftung aber, von der Lenin gesprochen hatte, blieb auch Jahrzehnte nach dem Beginn des sozialistischen Aufbaus ebenso aus wie die von Marx prognostizierte dynamische Entwicklung aller Produktivkräfte. Was stattgefunden hatte, war „Verstaatlichung statt Vergesellschaftung“ oder, wie Rudolf Bahro es nannte, eine „*Vergesellschaftung in total entfremdeter Form*“.⁴⁹

44 Als Ausnahmen sind sowjetisch-deutsche Betriebsgründungen nach 1945 in Form von Aktiengesellschaften anzusehen wie zum Beispiel die Wismut-AG.

45 Christa Luft: Treuhandreport, Berlin 1992, S.46-55.

46 Marx, Kapital. Dritter Band, S.452.

47 Siehe Ders., Kapital. Erster Band, S.791.

48 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht [1918], in: W.I. Lenin: Werke (LW), Bd. 27, S.225-268, hier S.231.

49 Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990, S.44.

Dadurch wurde der Weg in eine demokratische Gesellschaft ökonomisch verbaut. Fritz Behrens, ein anderer DDR-Kritiker des Staatssozialismus, sprach dem „Staatseigentum“ sogar die Qualität, „gesellschaftliches Eigentum“ zu sein, ab. Er sah hierin lediglich eine besondere Form „privaten Eigentums“.⁵⁰ Ein unaufhebbares Demokratiedefizit und der Verlust des anfänglichen Enthusiasmus beim wirtschaftlichen Aufbau waren die Konsequenzen dieser kaum mit Marx in Übereinstimmung zu bringenden Politik. Überhaupt gehört es zu den verhängnisvollen Irrtümern der Ideologie und der Politik im realen Sozialismus, dass nicht die dialektische Kritik am Privateigentum Grundlage der politischen Entscheidungen war, sondern eine naiv-utopische Sicht, welche nicht sorgfältig zwischen Privateigentum und Kapital zu unterscheiden wusste und Verstaatlichung mit Vergesellschaftung verwechselte. Davon ausgehend wurde 1917 in Sowjetrußland eine Entwicklung in Gang gesetzt, an deren Ende wirtschaftliche Stagnation und die „Subsumtion der Individuen“⁵¹ unter die Herrschaft des Staates standen, nicht aber die „freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens“,⁵² wie Marx es postuliert hatte.

Ähnlich, wenn auch weniger radikal als in der Sowjetunion, stellt sich dies für die DDR dar. Auch hier wurde von Anfang an einseitig auf „Verstaatlichung“ gesetzt und fehlte in der „Verfassung“ die Institution des Privateigentums.⁵³ Die Reste desselben in der Produktionssphäre wurden 1972 ohne Not und unter Inkaufnahme erheblicher ökonomischer Nachteile liquidiert. In der politökonomischen Literatur feierte man die „Abschaffung“ des Privateigentums als Fortschritt bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus, ohne dass diese Maßnahme jemals plausibel aus dem realen Vergesellschaftungsprozess abgeleitet oder mit einem Entwicklungsschub der Produktivkräfte begründet worden wäre.

50 Fritz Behrens: Über Alternativen, in: „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...“, hrsg. von Günter Krause und Dieter Janke, Hamburg 2010, S.150.

51 Peter Ruben: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum von Produktionsmitteln, in: *Initial*, 1990, H. 2, S.115-126, hier S.117.

52 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857/58], in: MEW, Bd. 42, S.91, siehe auch S.607.

53 Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Verfassung vom 7. Oktober 1974, Berlin 1974. Art. 10 kennt nur Formen des sozialistischen Eigentums, Art. 12 zählt auf, wozu „Privateigentum unzulässig“ ist.

5. Grundgesetz und Grundprinzip

Nachdem I. V. Stalin in seiner richtungsweisenden Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ aus dem Jahr 1952 ein ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus definiert hatte, findet sich ein solches Gesetz auch in den Parteidokumenten der SED und in allen Lehrbüchern zur Politischen Ökonomie. Anfangs orientierte man sich dabei strikt an den Worten Stalins, später traten eigene Formulierungen an die Stelle der Vorlage aus Moskau. Das von Stalin formulierte Gesetz lautete: „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.“⁵⁴ Diese Fassung war jedoch weder originell noch neu, sondern ging auf frühere programmatische Konzepte innerhalb der sozialistisch/kommunistischen Bewegung zurück. Ein analoger Text findet sich zum Beispiel in dem maßgeblich von G. V. Plechanov ausgearbeiteten zweiten Programmentwurf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands von 1902. Dort war ursprünglich von „planmäßige[r] Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Befriedigung der Bedürfnisse sowohl der gesamten Gesellschaft als auch ihrer einzelnen Mitglieder“ die Rede. V. I. Lenin korrigierte diese Fassung, indem er in den ersten Teil „auf Rechnung der *gesamten* Gesellschaft“ einfügte und den zweiten Teil in „zur Sicherung der *höchsten* Wohlfahrt und der freien *allseitigen* Entwicklung *aller* Mitglieder der Gesellschaft“ abänderte⁵⁵. Er ließ sich dabei von entsprechenden Formulierungen in den Werken von Marx und Engels⁵⁶ leiten.

Vergleicht man diese Textstelle mit der oben zitierten Stalinschen Fassung des ökonomischen Grundgesetzes, so fällt auf, dass sich die Ergänzungen Lenins, insbesondere seine Betonung der *freien* und *allseitigen* Entwicklung der Gesellschaftsmitglieder, und zwar *aller*, in der Fassung von 1952 nicht wiederfinden. Vielmehr gibt es dort nur *ein* Subjekt, nämlich die „gesamte Gesellschaft“, worunter der *Staat* zu verstehen ist, dessen (gesamtgesellschaftliche) Bedürfnisse „maximal“ zu befriedigen sind. Die freie und allseitige Entwicklung aller aber, die bei Marx absolut im Zentrum steht, findet hier *keinerlei* Erwähnung.

54 Josef W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S.41.

55 W. I. Lenin: Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows, in: LW, Bd. 6, S.23-43, hier S.40.

56 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die klassischen Formulierungen des Ziels der sozialistischen Produktion bei Friedrich Engels. Siehe Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S.5-306, hier S.140, 261. Ders.: Grundsätze des Kommunismus, S.375.

Das war in der DDR nicht viel anders. Selbst dann nicht, als in den 1960er-Jahren mit dem „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ begonnen wurde. Im Parteiprogramm der SED, verabschiedet auf dem VI. Parteitag 1963, wird das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus wie folgt definiert: „[...] ständige Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft“.⁵⁷

In dieser Fassung ist gegenüber der Stalinschen Version zwar eine Präzisierung der Zielstellung erkennbar, auch kommt mit der „allseitigen Entwicklung des Menschen“ hier erstmals das Moment der Persönlichkeitsentwicklung zum Tragen. Trotzdem entspricht auch diese Fassung nicht der Diktion von Marx, sondern weist, was das Verhältnis von Ziel und Mitteln anbetrifft, eine seltsame *Verkehrung* auf: Am Anfang stehen die Mittel, die Entwicklung der Produktion und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, am Ende folgt dann der Zweck, die Bedürfnisbefriedigung und die Entwicklung „des Menschen“. Diese produktions-, wachstums- und arbeitszentrierte Diktion entsprach wohl dem frühfordistischen Regime des Staatssozialismus der 1960er-Jahre, nicht aber den Vorstellungen der Klassiker.

Im Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1969 erfährt diese Lesart sogar noch eine Steigerung: „*Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus* besagt: ständige Erweiterung, Vervollkommnung und Intensivierung der sozialistischen Produktion und Reproduktion auf Basis des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zur Stärkung der sozialistischen Ordnung, der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen.“⁵⁸

Während die Mittel hier ausführlich und konkret benannt sind, erscheint jetzt die „Stärkung der sozialistischen Ordnung“ als vorrangiges Ziel, während die Bedürfnisbefriedigung und die Persönlichkeitsentwicklung in den Hintergrund rücken und nur als nachgeordnete Ziele fungieren. Auffällig ist, welche „verkehrte“ Dialektik von Ziel und Mitteln Ende der 1960er-Jahre Ideologie und Politik in der DDR bestimmt hat!

57 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin 1963, S.297-405, hier S.339.

58 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, S.237.

Anfang der 1970er-Jahre kam es zu gravierenden Veränderungen in der Wirtschaftspolitik, die von einer Neufassung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus flankiert wurden. Dies betraf auch das ökonomische Grundgesetz, dessen Inhalt um einige Gesichtspunkte erweitert wurde. Außerdem wurde die Ziel-Mittel-Dialektik umgekehrt und damit richtig gestellt. Die in den 1970er- und 1980er-Jahren übliche Definition lautete: „Inhalt des ökonomischen Grundgesetzes ist die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen und ihre allseitige Persönlichkeitsentwicklung durch die ununterbrochene Entwicklung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der umfassenden Intensivierung und der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität.“⁵⁹

Der Umformulierung war eine lebhafte Debatte über Ziel und Zweck der sozialistischen Produktion in der UdSSR, der DDR und anderen staatssozialistischen Ländern vorausgegangen.⁶⁰ Ihr Ergebnis gipfelte in der Erkenntnis, dass das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus nicht nur als ein Gesetz des Sozialismus zu begreifen sei, sondern als ein Gesetz der „kommunistischen Gesellschaftsformation“ insgesamt. Die Notwendigkeit dieses „Kunstgriffs“ resultierte aus der politischen Doktrin, wonach die UdSSR beim Aufbau des Kommunismus bereits weiter fortgeschritten sei als die anderen Länder, alle aber die gleiche Wirtschaftspolitik verfolgten, was angesichts differenter, vermeintlich objektiver ökonomischer Gesetze kaum vermittelbar war. Diese methodologisch und inhaltlich absurde Position fand trotz mancher abweichender Meinungsäußerung schließlich Eingang in die politökonomische Literatur der DDR, explizit in die weit verbreitete Lehrheftreihe „Politische Ökonomie des Sozialismus“,⁶¹ und wurde damit bestimmend für die ökonomische Lehre des Marxismus-Leninismus.

Die Formulierung eines ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus war offensichtlich von dem Bemühen getragen, dem von Marx im „Kapital“ definierten Mehrwertgesetz als dem „absolute[n] Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise“⁶² etwas methodologisch Vergleichbares gegenüberzustellen. Das Problem war jedoch, dass sich bei Marx *kein* derartiges

59 Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin 1989, S.687.

60 Siehe Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.): Ökonomische Gesetze des Sozialismus in der Diskussion. Ein methodologischer Abriss, Berlin 1974; I. I. Kusminow: Abriss der politischen Ökonomie des Sozialismus. Methodologie, Berlin 1976.

61 Siehe Georg Ebert/Gottfried Tittel: Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus, Berlin 1977, S.10f.

62 Marx, Kapital. Erster Band, S.647.

Gesetz für den Sozialismus finden ließ, nicht einmal ansatzweise. Was sich bei Marx findet, ist die Betonung der „volle[n] und freie[n] Entwicklung jedes Individuums“⁶³ als „Grundprinzip“ einer „höheren Gesellschaftsform“ und, davon klar unterschieden, die Herausarbeitung eines *Verteilungsprinzips* der Mittel für die individuelle Konsumtion, das dem Äquivalenzprinzip des Warenaustauschs, also dem Wertgesetz, adäquat ist.⁶⁴ Letzteres aber besitzt bei Marx einen abgeleiteten Charakter und gilt als bloße „Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen“.⁶⁵ Die Fassung des für die Konsumtionsmittel geltenden Verteilungsprinzips als „Leistungsprinzip“ gemäß dem Grundsatz „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung*“ – eine Formel, die nebenbei bemerkt bei Marx überhaupt nicht vorkommt – und die Stilisierung desselben zum „Grundprinzip des ökonomischen und sozialen Lebens im Sozialismus“⁶⁶ entsprach nicht der Marxschen Intention, sondern war eine Erfindung des Staatssozialismus. Indem das Leistungsprinzip zum „Grundprinzip des Sozialismus“ stilisiert wurde, war es möglich, die von Marx als „Grundprinzip“ verstandene „volle und freie Entwicklung“ der Individuen ein Stück weit in Vergessenheit geraten zu lassen und als Ziel und Zweck der sozialistischen Gesellschaft zu verdrängen. Im Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1969 wurde zu diesem Zweck sogar ein neues ökonomisches Gesetz formuliert, das „sozialistische Aneignungsgesetz“. Danach sei „die eingesetzte und verausgabte gesellschaftliche Arbeit, die geleistete Arbeit, für alle Glieder der sozialistischen Gesellschaft das Maß der Aneignung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktionsprozesse“, woraus sich dann zwingend „auch eine Verteilung der Ergebnisse nach der Arbeitsleistung“ ergebe.⁶⁷ Dies sollte als Aufforderung zur konsequenteren Durchsetzung des Äquivalenzprinzips auf allen Ebenen der Volkswirtschaft verstanden werden, als Fanal, um „alle Erscheinungen von Gleichmacherei und un-

63 Ebenda, S.618.

64 Siehe Marx, Kritik des Gothaer Programms, S.18f.; Ders., Kapital. Erster Band, S.93.

65 Marx, Kritik des Gothaer Programms, S.22.

66 Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, 1989, S.851. Eine gleichlautende Auffassung findet sich seit den 1970er-Jahren bei fast allen Autoren, so auch in einem Grundsatzartikel für den Wissenschaftlichen Rat für die Wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Dort wird ausgeführt: „Das Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung ist nicht nur eine Form der Verteilung, sondern ein Grundprinzip des ökonomischen und des sozialen Lebens im Sozialismus, das weitreichende soziale und ideologische Auswirkungen hat.“ Gunnar Winkler u.a.: Ökonomische und soziale Probleme der weiteren Ausprägung der sozialistischen Lebensweise, in: Wirtschaftswissenschaft, 1977, H. 6, S.801-832, hier S.817.

67 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, S.250.

berechtigten Privilegien“ zu bekämpfen.⁶⁸ Dabei ist es jedoch geblieben. Wirklich konsequent wurde das Leistungsprinzip zu keinem Zeitpunkt durchgesetzt, weder nach oben, zum Abbau von Privilegien, noch nach unten, zur Beseitigung der Gleichmacherei. Und die vorübergehend zu beobachtende, etwas stärkere ökonomische und soziale Differenzierung kollidierte sehr rasch mit den ideologischen Grundsätzen „allgemeiner Gleichheit“ und wurde deshalb schon bald wieder infrage gestellt.

Mit dem Strategiewechsel Anfang der 1970er-Jahre und der Interpretation des Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Formation wurde damit begonnen, auch das Leistungsprinzip stärker als kommunistisches Prinzip zu interpretieren. Vor diesem Hintergrund wurde dem Halbsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten“ eine größere Aufmerksamkeit zuteil.⁶⁹ Er wurde quasi als „Brücke“ zum Kommunismus ausgelegt, ungeachtet der Tatsache, dass sein Postulat unter den gegebenen fordistischen Produktions- und Arbeitsbedingungen im realen Sozialismus überhaupt nicht umsetzbar war.⁷⁰ Relativ spät, in den 1980er-Jahren, wurde dies endlich eingestanden und die in dieser Maxime enthaltene Kombination aus Gleichheit, Individualitätentfaltung und Produktivkraftentwicklung als „ewiges“, weil unerfüllbares „Ideal“, das mit der Realität wenig zu tun hat, behandelt.⁷¹

6. Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen

Das Schicksal von Warenproduktion und Geld gehört zu den absurdesten Kapiteln des realsozialistischen Experiments. Seine praktische Behandlung und die Versuche, eine mit Marx kompatible Erklärung dafür zu finden, nehmen deshalb in der Literatur beachtlichen Raum ein.⁷²

Marx (und Engels) stellten sich die kommunistische Gesellschaft einschließlich ihrer sozialistischen Phase bekanntlich *ohne* Warenproduktion und *ohne* Geld vor. Sie waren der Meinung, mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums würden Warenproduktion, Ware-Geld-Bezie-

68 Ebenda, S.258.

69 Siehe dazu Frank Adler: Das sozialistische Leistungsprinzip in der Dialektik von sozialer Gleichheit und Differenziertheit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1986, H. 2, S.116-125.

70 Siehe dazu Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S.34-56.

71 Siehe Frank Adler: „Jeder nach seinen Fähigkeiten“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1986, H. 7, S.598-607; Ulrich Busch: Sozialistisches Leistungsprinzip, Geldeinkommen und Konsumgüterproduktion, in: Wirtschaftswissenschaft, 1987, H. 3, S.355-372.

72 Siehe Krause, Wirtschaftstheorie, S.161-177.

hungen, Kredit, Zins usw. vollständig wegfallen. „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft“, so Engels, „ist die Warenproduktion beseitigt“.⁷³ Und weiter: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. [...] Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts‘.“⁷⁴ Marx schrieb übereinstimmend damit: „Die Produzenten [tauschen] ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als *Wert*“.⁷⁵

Bei diesen Aussagen handelt es sich keineswegs um Ungenauigkeiten in der Argumentation infolge des skizzenhaften Charakters der Ausführungen oder um einfache Fehlannahmen. Vielmehr beinhalten die zitierten Textstellen zentrale, das Wesen der künftigen Gesellschaft betreffende Thesen, die sich logisch aus dem Theoriegebäude insgesamt ergeben. Dies hat auch Lenin so gesehen, indem er die Überlegungen von Marx und Engels zum Sozialismus in dem einen Satz zusammenfasste: „Was den Sozialismus anbelangt, so besteht dieser bekanntlich in der Aufhebung der Warenwirtschaft.“⁷⁶

Etwas anders jedoch lesen sich die „Maßregeln“, die Marx und Engels für die kommunistische Revolution aufstellten: Hier fordern sie nämlich die „Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital“, die Einführung einer starken Progressivsteuer und anderes mehr,⁷⁷ was funktionierende Ware-Geld-Beziehungen voraussetzt. Offensichtlich beziehen sich diese Vorgaben auf die Übergangsperiode. Wie die Rolle der Wert- und Geldkategorien als Instrumente der revolutionären Umgestaltung aber mit ihrer vollständigen Negation im Sozialismus zusammengehen soll, wenn man beide Perioden nicht streng voneinander trennt, bleibt eine offene Frage. Die Revolution in Russland 1917/18 stolperte dann auch prompt darüber: Nachdem die Bolschewiki die politische Macht erobert hatten, gingen sie sofort daran Warenproduktion und Geld abzuschaffen. Dies führte zu einem wirtschaftlichen Desaster. Die daraufhin vorgenommene rigorose Wende der *Neuen Ökonomischen Politik*, die Lenin als einen Schritt zurück, als „teilweise Rück-

73 Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung, S.264.

74 Ebenda, S.288.

75 Marx, Kritik des Gothaer Programms, S.19f.

76 W. I. Lenin: Die Agrarfrage in Rußland am Anfang des 19. Jahrhunderts [1918], in: LW, Bd. 15, S.3-139, hier S.129.

77 Marx/Friedrich, Manifest, S.481.

kehr zum System des Staatskapitalismus“ ansah,⁷⁸ war ein theoretisch, also durch die Lehren von Marx und Engels, nicht gedecktes Vorgehen, in dessen Verlauf Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen Schritt für Schritt wieder eingeführt wurden. Allerdings nur temporär, denn ab 1927 setzte sich eine Wirtschaftsordnung durch, worin Zentralismus und Bürokratie dominierten und worin Warenproduktion, Marktbeziehungen und Geld als „etwas Fremdartiges und Rudimentäres“ galten.⁷⁹

Fürderhin lagen sich Theorie und Praxis fortgesetzt in den Haaren. Maßgebend wurde schließlich die Formulierung Stalins von 1952, wonach die Warenproduktion im Sozialismus eine „Warenproduktion besonderer Art“ sei, „die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat“ und deren Wirkungsbereich sich „auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt“.⁸⁰ Dies war ein halbes Zugeständnis an die praktischen Gegebenheiten. Zur anderen Hälfte aber, insbesondere was die Investitionsgüter (Produktionsmittel), welche keine Waren sein sollten, anbetrifft, war es eine Referenz gegenüber Marx.

Die Stalinsche Lesart, wonach die sozialistische Wirtschaft eine „besondere Form“ der Warenproduktion verkörpere, die Ware-Geld-Beziehungen aber kein strukturbildendes Element seien, wurde in der DDR übernommen. Darauf gründet sich die für den Staatssozialismus typische ambivalente bis ablehnende, ideologisch eher feindliche, praktisch aber durchaus pragmatisch-positive Haltung gegenüber den Wertkategorien, in Sonderheit gegenüber dem Geld.

Dabei gab es im Zeitverlauf immer wieder bemerkenswerte Korrekturen: Galt in den 1950er-Jahren die von Stalin propagierte Position uneingeschränkt als zutreffend, so setzte sich während der 1960er-Jahre eine realitätsnähere Auffassung durch, indem nunmehr „von der *grundsätzlichen Auffassung* ausgegangen [wurde], daß die Ware-Geld-Beziehungen ein notwendiger Bestandteil sozialistischer Produktionsverhältnisse“ sind, „die nicht eingeschränkt, sondern vollständig genutzt werden müssen“.⁸¹ Planung und Warenproduktion wurden als „dem Wesen der Sache nach [...] zusammengehören[d]“ behandelt, und die Ursache dafür, dass die sozialistische Produktion als Warenproduktion erfolgte, wurde jetzt „aus der

78 W. I. Lenin: VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz [1921], in: LW, Bd. 33, S.61-98, hier S.76.

79 J. W. Schischkow: Das historische Schicksal der Warenproduktion, in: Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1988, H. 4, S.350-363.

80 Stalin, Ökonomische Probleme, S.18.

81 Karl-Heinz Graupner/Gertraud Wittenburg (Hrsg.): Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Umriss, Berlin 1986, S.190.

inneren Struktur des sozialistischen Aneignungsprozesses“ abzuleiten versucht.⁸²

In den 1970er-Jahren rückte man hiervon jedoch teilweise wieder ab, was theoretisch und wirtschaftspraktisch zu einschneidenden Korrekturen führte.⁸³ Zuletzt aber gewann die Ansicht, wonach „die sozialistische Produktion Warenproduktion“ sei und die Wirtschaftseinheiten mithin „Warenproduzenten“ darstellten, wieder an Einfluss. In den 1980er-Jahren galt den meisten Autoren die Warenproduktion ebenso wie „der Markt“ als eine dem realen Sozialismus „immanente Erscheinung“.⁸⁴ Gleichwohl blieb die Ambivalenz, was die theoretische Reflexion und auch den praktischen Umgang mit den Wert- und Geldkategorien anbetraf, die gesamte Zeit über erhalten. In der DDR wurde zwar niemals versucht Warenproduktion und Geld gänzlich abzuschaffen. Andererseits aber fehlte bis zuletzt ein überzeugendes politisches Bekenntnis zu den Wert- und Geldkategorien, das in Theorie und Praxis für Klarheit gesorgt hätte.

Nach einer ermüdenden, letztlich ergebnislos verlaufenden Debatte über den Charakter der sozialistischen Produktion hatte sich im offiziellen Sprachgebrauch schließlich der weniger angreifbare, phänomenologische Begriff „Ware-Geld-Beziehungen“ durchgesetzt. In wissenschaftlichen Publikationen aber wurde weiter versucht, hinter den Ware-Geld-Beziehungen die Verhältnisse der Produzenten, die Wertverhältnisse, aufzudecken und diese „als ‚normale‘ Grundelemente sozialistischer Ökonomie“⁸⁵ darzustellen. Damit sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich die Warenproduktion und die Ware-Geld-Beziehungen nicht nur während der Übergangsperiode, sondern auch beim sozialistischen Aufbau und in der Wirtschaftspraxis des entwickelten Sozialismus als unerlässlich erwiesen hatten.

Während der Reformphase des *Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung* (NÖS) 1963-1970 war es in der DDR zu einer praxisrelevanten politischen Korrektur der bis dahin vorherrschenden Position gekommen. Im Ergebnis dieser Korrektur wurden Warenproduktion, Wertgesetz, Geld, Kredit, Zins, Preis, Kosten und Gewinn als „Kategorien der sozialistischen Gesellschaftsformation“ angesehen, die es nun nicht mehr abzuschaffen, sondern „vollständig auszunutzen“ galt.⁸⁶ Diese von den

82 Siehe Harry Nick: *Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus*, Berlin 1970, S.78.

83 Siehe Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. VI, Bonn-Berlin 1996.

84 Helmut Koziolk/Otto Reinhold (Hrsg.): *Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie*, Berlin 1989, S.49f.

85 Krause, *Wirtschaftstheorie*, S.162.

86 Ulbricht, *Bedeutung*, S.39.

meisten Wirtschaftstheoretikern geteilte Ansicht fand schließlich Eingang in die Lehrmeinung. In dem bereits erwähnten Lehrbuch von 1969 war folglich von „sozialistischer Warenproduktion“ die Rede und wurde die sozialistische Wirtschaftsordnung als „Planwirtschaft sozialistischer Warenproduzenten“⁸⁷ charakterisiert. Dies eröffnete Spielräume für eine vom bisherigen Kurs abweichende Gesellschaftsentwicklung, für den Übergang zum „Marktsozialismus“, für einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, für einen „demokratischen Sozialismus“. Aber bekanntlich nicht für lange. Schon bald nach ihrem hoffnungsvollen Beginn wurde diese Entwicklung aus machtpolitischen Gründen „gekippt“: in der ČSSR durch eine militärische Intervention, in der DDR durch den Abbruch des NÖS und einen Richtungswechsel in der Politik. Eine erste Korrektur zeichnete sich bereits im Dezember 1965 ab, als die SED in der Kulturpolitik einen rigiden Kurswechsel vollzog. Indes gingen die ökonomischen Reformen vorerst weiter. 1967 erfolgte eine Reform des Banken- und Finanzsystems als weiterer Baustein bei der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung. Nach der Ablösung Ulbrichts an der Spitze der SED (1971) war es damit jedoch vorbei. In der Wirtschaft vollzog sich eine schrittweise Re-Zentralisierung, welcher eine De-Kommodifizierung und De-Monetisierung folgten. Symptomatisch hierfür waren die Verstärkung der Direktivplanung und der zentralen Bilanzierung sowie die Reorganisation des Bankensystems zur Staatsbank der DDR (1974). Legitimiert wurde dieser Kurswechsel unter anderem mit einer Rückbesinnung auf Marx.

Der Rekurs auf Marx diente der SED-Führung als Legitimation für die Rücknahme der Reformen und die Stärkung ihres wirtschaftspolitischen Machtapparats. So finden sich im SED-Parteiprogramm von 1976 Dutzende Aussagen zur Leitung und Planung der Volkswirtschaft, jedoch keine mehr zum Charakter der sozialistischen Produktion als Warenproduktion.

Selbst die „bewußte Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen“ findet lediglich noch im Zusammenhang mit der „ökonomischen Stimulierung“ Erwähnung.⁸⁸ Die ökonomische Theorie folgte der politischen Kehrtwende, wenn auch zögerlich. Als Beispiel hierfür sei eine Publikation aus dem Jahr 1986 angeführt. Danach sei die sozialistische Produktion *ihrem Wesen nach* „keine Warenproduktion“ und daher „frei“ von Wert und Geld. Erst auf einer *konkreteren Stufe* der Analyse, welche historische „Besonderheiten“ berücksichtigt, tauchen die Termini Warenproduktion und

87 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, S.262.

88 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S.36.

Ware-Geld-Beziehungen auf, ist verschämt von Wert- und Geldbeziehungen die Rede.⁸⁹

Ähnliche Positionen finden sich auch bei anderen Autoren. So definierte Wilhelm Schmidt die „Warenproduktion im Sozialismus [...] als Element der planmäßigen Entwicklung“,⁹⁰ was eine eindeutige Hierarchie impliziert. Und Hans Luft sah die Warenproduktion als „Bestandteil der sozialistischen Planwirtschaft“, als ein Phänomen von eher untergeordneter Bedeutung an, nicht aber als bestimmend für deren Charakter.⁹¹ Schließlich arrangierte sich die Theorie mit der Realität, indem sie die Begründung der real existierenden Warenproduktion aus den „inneren Reproduktionsbedingungen des Sozialismus“ herleitete und sie damit als *inhärentes Moment* der sozialistischen Produktion behandelte.⁹² Damit schien ein Problem gelöst: Der Widerspruch zur Realität war nun weniger offensichtlich. Was aber erhalten blieb, war der Dissens gegenüber Marx. Dieser ließ sich nicht beseitigen. Man konnte ihn nur totschweigen.

Die mit der Betonung des Sozialismus als „Phase des Kommunismus“ verbundene Rückbesinnung auf Marx bedeutete wirtschaftspolitisch eine Stärkung des Zentralismus und die Abwertung des Marktes als Institution der Regulation. Als im Verlauf der 1980er-Jahre deutlich wurde, dass die Voreingenommenheit gegenüber den Wertkategorien und deren Unterschätzung in der Praxis zu einem Zurückbleiben im Systemwettbewerb führten, nicht aber zur Mobilisierung neuer, kommunistischer Triebkräfte, war es für eine politische Kurskorrektur bereits zu spät. Der Rückstand gegenüber den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften war inzwischen zu groß geworden. Es ist daher mehr als fraglich, ob eine Reform im Fahrwasser der sowjetischen Perestroika in der DDR substanziell noch etwas bewirkt hätte. Theoretisch hätte man sich dadurch wieder stärker von Marx entfernt, was die Legitimationsgrundlagen des Staatssozialismus weiter unterhöhlte hätte. Praktisch hätte man sich auf ein Modell des „dritten Weges“ zubewegt, wofür nach dem Scheitern des „Prager Frühlings“ politisch aber kein Zeitfenster offenstand. Auch wäre einem derartigen Vorhaben wohl allein schon wegen des unlösbaren Kohärenzproblems⁹³ und der fehlenden konsistenten ökonomischen Grundlage eines

89 Jürgen Becher/Horst Richter: Planmäßigkeit und Ware-Geld-Beziehungen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1986, S.64, 73.

90 Wilhelm Schmidt (Hrsg.): Theoretische Probleme der Ware-Geld-Beziehungen im entwickelten Sozialismus, Berlin 1976, S.24.

91 Hans Luft: Plan und Warenproduktion, Berlin 1980, S.70.

92 Siehe Ulrich Busch: Zur Stellung von Ware und Geld in der sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1987, H. 1, S.31-40.

93 Siehe Hajo Riese: Geld im Sozialismus, Regensburg 1990, S.27-74.

„Marktsozialismus“⁹⁴ auf längere Sicht kein Erfolg beschieden gewesen. Für eine derartige Einschätzung spricht auch, dass alle Versuche von ehemaligen DDR-Ökonomen, das Problem einer „sozialistischen Warenproduktion“ und einer Symbiose von Plan- und Marktwirtschaft nach dem Scheitern des Realsozialismus theoretisch klären zu wollen, bisher wenig überzeugend ausfielen,⁹⁵ womit sich dies auch im Nachhinein als Versuch einer „Quadratur des Kreises“ zu erweisen scheint.

7. Schluss

Die von Karl Marx der DDR wie den anderen staatssozialistischen Ländern mit auf den Weg gegebene Orientierung für den Aufbau einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft hatte viele Fragen offen gelassen, für so manche Irritation gesorgt und nicht wenige Fehlentwicklungen begünstigt, wenn nicht gar bewirkt. Das historische Scheitern des realen Sozialismus ist also *auch* auf die „Idee“ zurückzuführen, die ihm zugrunde lag. Andererseits hat es die SED aber auch nicht verstanden, beim Aufbau des Sozialismus den Reichtum der Ideen von Marx und Engels hinsichtlich der Gestaltung einer neuen, demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft schöpferisch umzusetzen. Weil die Weiterentwicklung der von Marx hinterlassenen Theorie unterblieb, erstarrte sie zum Dogma und wurde schließlich Teil der staatssozialistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus. Zudem war sie einer ständigen Anpassung an die Erfordernisse der Politik ausgesetzt, was sie ihren originären Quellen gegenüber immer mehr entfremdete. Die „Idee“ geriet dadurch zunehmend zur Karikatur ihrer selbst oder, um Goethe zu zitieren, die historische Erfahrung erwies sich im realen Sozialismus einmal mehr als „Parodie“, als „Parodie auf die Idee“, die zu verwirklichen sie angetreten war.⁹⁶

Das Scheitern des realsozialistischen Experiments ist insofern gleichermaßen auf *zu viel* Marx wie auf *zu wenig* Marx zurückzuführen.⁹⁷ Dabei spielt der fragmentarische und utopische Charakter der Vorstellungen von

94 Siehe János Kornai: *The Economics of Shortage*, Amsterdam-New York-Oxford 1980.

95 Siehe Harry Nick: *Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist* (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 21), Berlin 1994; Klaus Blessing: *Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen*, Berlin 2003; Klaus Steinitz: *Das Scheitern des Realsozialismus*, Hamburg 2007.

96 Die Sentenz „Die Erfahrung ist fast immer eine Parodie auf die Idee“ stammt von Johann Wolfgang von Goethe, www.hs-chamberlain.net/goethe/goethe6.html.

97 Siehe Ulrich Busch: *Die ökonomische Theorie von Marx und die Irrtümer der DDR*, in: Gerd Grözinger/Utz-Peter Reich (Hrsg.): *Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 24: Entfremdung – Ausbeutung – Revolte. Karl Marx neu verhandelt*, Marburg 2012, S.183-206.

Marx und Engels über den Sozialismus ebenso eine Rolle wie die dogmatisch-unhistorische Auslegung der Marxschen Theorie. Es fehlte die Bereitschaft, den Marxschen Gesellschaftsentwurf in seiner Radikalität und Ganzheit anzunehmen und umzusetzen. Ebenso mangelte es aber auch am Willen zu seiner konstruktiven und schöpferischen Weiterentwicklung – über die historisch konkreten Bedingungen seiner Entstehung vor mehr als 130 Jahren hinaus.